

berrevolution brach ein Staat aus diesem System aus, und obwohl gegen diesen einen Staat, die Sowjetunion, alle anderen europäischen Staaten standen, haben es die Kapitalisten nicht vermocht, das Rad der Geschichte anzuhalten und in der Sowjetunion zurückzudrehen. Im Gegenteil. Nach

## Westdeutschland — Hauptstörenfried und Scharfmacher

Gelegentlich wird die Frage gestellt, wie es um die Vernunft der herrschenden Minderheit in Westdeutschland bestellt sei, ob diese Herrschaften wirklich glauben, sie könnten den Lauf der Ereignisse zu ihren Gunsten wenden. Mit der Vernunft dieser Herrschaften ist es tatsächlich schlecht bestellt. Gerade in diesen Wochen, da sich, zum 50. Male die Novemberrevolution jährte, sei daran erinnert, daß ganz im Gegensatz zur Deutschen Demokratischen Republik die Lehren der deutschen Geschichte, und ganz besonders auch der Novemberrevolution, in Westdeutschland unberücksichtigt blieben. Aber nicht nur unberücksichtigt, „sondern die Macht des blutbefleckten Rüstungskapitals wurde abermals restauriert, seine Konzentration und Machtfülle hat ein nie dagewesenes Ausmaß erreicht, und es bedroht in seinem Streben nach Vorherrschaft erneut Frieden und Sicherheit aller Völker Europas“.<sup>4)</sup> Ebendeshalb mußte Westdeutschland folgerichtig zum Hauptstörenfried und Scharfmacher in Europa werden.

Die von den Bonner Imperialisten angestrebte Veränderung des Kräfteverhältnisses zu ihren Gunsten gefährdet in höchstem Maße den Frieden

<sup>4)</sup> Die Novemberrevolution in Deutschland und ihre aktuellen Lehren, ND vom 29. September 1968

dem zweiten Weltkrieg ist gerade in Europa eine merkliche Verschiebung des Kräfteverhältnisses eingetreten. Heute sind bereits zwei Drittel Europas sozialistisch und nur noch ein Drittel ist kapitalistisch. Jeder zweite Europäer ist bereits Bürger eines sozialistischen Staates.

und die Sicherheit Europas. Es wird kaum jemand geben, der sich einreden läßt, daß das Bonner Revancheprogramm mit friedlichen Mitteln durchzusetzen wäre. Nein, wie unter Adenauer, den Strauß nicht zufällig als großen Staatsmann preist, schwört auch die Regierung Kiesinger, der Strauß wie seinerzeit unter Adenauer als Minister angehört, auf die Politik der Stärke. Kiesinger erklärte: „Man kann mit dem Osten nur Politik machen, wenn man militärisch gleich stark ist“, und das ist genau dasselbe, was Strauß in seinem Buch beschreibt.

Wenn westdeutsche Bürger überrascht fragen, wie das Programm von Strauß und die sogenannte „neue Ostpolitik“ einer Regierung, der auch sozialdemokratische Minister angehören, zusammenpassen, so gibt es nur eine Antwort: Die Fragesteller sind einer Täuschung der westdeutschen Propaganda zum Opfer gefallen. Die Bonner Regierung wird nicht müde, Friedensbereitschaft, Friedensliebe zu heucheln, so wie es den Traditionen des deutschen Imperialismus entspricht. Bekanntlich wollten sich weder das Kaiserreich noch der Hitlerstaat an Friedfertigkeit übertreffen lassen. Heute wie damals stimmen Worte und Taten nicht überein. Es gibt keine zweite Regierung Westeuropas, die wie die westdeutsche die Gren-

zen Europas und den gegenwärtigen Status quo in Frage stellt. Es gibt keine zweite Regierung Westeuropas, die wie die westdeutsche die Aufrüstung betreibt. Es gibt keine zweite Regierung Westeuropas, die wie die westdeutsche den Atomwaffensperrvertrag bekämpft. Es gibt keine zweite Regierung Westeuropas, die wie die westdeutsche den amerikanischen Aggressionskrieg gegen das vietnamesische Volk unterstützt. Und das, obwohl sozialdemokratische Minister in der Regierung sind? Jawohl, das ist kein Widerspruch. Die rechten sozialdemokratischen Führer sind am 4. August 1914 offen auf die andere Seite der Barrikade übergelaufen, sie wirken seitdem als Bundesgenossen des Imperialismus in der Arbeiterschaft.

Aufrüstung, Machtpolitik, das ist nichts Zufälliges in Westdeutschland, das gehört zum Wesen des spätkapitalistischen Regimes in Westdeutschland. Indem der Kapitalismus in \* Westdeutschland restauriert wurde, wurden auch die Erbübeler deutscher Geschichte — Militarismus, Chauvinismus, Revanchismus, Aggressivität usw. — restauriert.

Das Buch von Strauß bestätigt, was Genosse Ulbricht auf dem VII. Parteitag feststellte: „Die westdeutschen Imperialisten wollen — wenn sie von Europa reden — keine Sicherheit für die europäischen Staaten und Völker. Ihre Bestrebungen sind daher gemeingefährlich.“<sup>5)</sup> Europas Sicherheit und Frieden müssen den westdeutschen Imperialisten abgetrotzt werden. Sie müssen gezügelt werden, ehe sie, darangehen können, das abenteuerliche, von Strauß formulierte Programm zu verwirklichen.

Günter Siemund

<sup>5)</sup> Protokoll des VII. Parteitages der SED, Dietz Verlag, S. 50